

Antrag

Fraktion der SPD
Fraktion Bündnis 90/Die Grünen

Hannover, den 18.05.2011

Europa im Klassenzimmer: Leuchttürme „Europaschulen“ in den Regionen stärken

Der Landtag wolle beschließen:

Entschließung

Der Landtag stellt fest:

In einem immer stärker zusammenwachsenden Europa und in einer globalisierten Welt ist es eine gesamtgesellschaftliche Aufgabe, den europäischen Gedanken zu unterstützen und zu verbreiten. Dieser Aufgabe hat sich die Staatskanzlei mit ihrer Europaabteilung in besonderem Maße verpflichtet zu fühlen, denn der europäische Gedanke im Bildungswesen trägt insbesondere zur internationalen Ausrichtung und interkulturellen Kompetenz junger Menschen bei. Die Europaschulen haben dabei eine wichtige Vorbildfunktion als Keimzelle der europäischen Idee. Sie machen es sich zur Aufgabe, Schülerinnen und Schüler auf ein Leben im gemeinsamen Haus Europa vorzubereiten, z. B. durch ein schulinternes Europacurriculum, durch ein besonderes Fremdsprachenprofil, durch bilingualen Unterricht und durch projektorientierte Schulpartnerschaften und Praktika. Dabei übernehmen unsere Europaschulen in ihrer Region eine „Leuchtturmfunktion“ und unterstützen in ihrem regionalen Umfeld die Vermittlung des Europagedankens. Unter den 83 Europaschulen in Niedersachsen sind 44 Gymnasien, 21 berufsbildende Schulen, zehn Realschulen, vier Grundschulen und vier Gesamtschulen.

Der Landtag würdigt ausdrücklich diese Leistung der Europaschulen und dankt Ihnen für dieses herausragende Engagement. Die Landesregierung wird daher aufgefordert,

im Rahmen der Qualitätssicherung

- die Europaschulen in das europapolitische Konzept der Landesregierung als wichtiges Handlungsfeld aufzunehmen.
- sicherzustellen, dass Mittel aus dem Europäischen Sozialfonds (ESF) bis zum Ende der Förderperiode 2007 bis 2013 für Maßnahmen der Europaschulen eingesetzt werden können sowie sich für ihre Verwendung während der nächsten Förderperiode 2014 bis 2020 einzusetzen.
- zu prüfen, wie den Europaschulen durch Zuweisung von erhöhten Budgetmitteln und zusätzlichen Lehrerstellen Möglichkeiten eröffnet werden können, um ihre weit über den allgemeinen Bildungsauftrag hinausgehenden Ziele zu erreichen und in welchem Maße den EU-Fachberaterinnen und -beratern der Landesschulbehörden zusätzliche Ausgleichsstunden zur Bewältigung der gestiegenen Arbeitsanforderungen durch die steigende Zahl der Europaschulen zugewiesen werden können. Die Landesregierung wird beauftragt, einen gesonderten Haushaltstitel „Europaschulen“ im Haushalt vorzusehen.
- den Titel „Europaschule“ als Qualitätssiegel zunächst befristet an alle beantragenden Schulen zu vergeben und die Ernennung sowohl der neuen als auch der bestehenden Europaschulen und die Vergabekriterien in regelmäßigen Zeitabständen zu überprüfen.

im Rahmen der Vernetzung

- die Gründung regionaler Bündnisse zwischen den Europaschulen, Schulträgern, Arbeitgebern, dualen Partnern, Kammern bzw. Innungen und anderen zivilgesellschaftlichen Partnern zu unterstützen. Die regionalen Bündnisse sollen durch das Kultusministerium und die EU-Fachbera-

terinnen und -berater bei der Landesschulbehörde bei Antragsverfahren und bei besonderen europäischen Projekten, Auslandspraktika und Kooperationen mit ihren Partnerschulen im Ausland unterstützt und begleitet werden. Im Einzelfall werden das Europäische Informationszentrum (eiz) und die Staatskanzlei ebenfalls Unterstützung leisten. Insbesondere sollen Schulen, die sich darum bewerben, Europaschulen zu werden, beraten werden. Informationen über regionale Aktivitäten im Bereich „Europa“ (z. B. Umweltschulen in Europa, eTwinning-Projekte, COMENIUS-Regio und CERTILINGUA-Schulen) werden durch die regionalen Bündnisse allen interessierten Schulen zur Verfügung gestellt.

- das Netzwerk der Europaschulen in Niedersachsen durch das Kultusministerium bei seiner Weiterentwicklung, bei der Ausrichtung von Fachtagungen und beim Aufbau einer geeigneten Informations- und Kommunikationsplattform zu unterstützen sowie die bundes- und europaweite Kooperation und Abstimmung mit entsprechenden Partnern zu fördern. Die Landesregierung wird zudem aufgefordert, versicherungsrechtliche Fragen in Bezug auf Auslandsaufenthalte und -praktika zu klären.
- Wettbewerbe und Planspiele zum Thema „Europa“ anzuregen, mitzugestalten und/oder zu organisieren und in Zusammenarbeit mit dem Landtag einen Tag der Europaschulen im Landtag im Rahmen der Veranstaltungsreihe „Niedersachsen in Europa“ auszuloben, bei dem die Europaschulen in den Landtag eingeladen werden und ihre besondere Arbeit für den europäischen Gedanken gewürdigt wird.

im Rahmen der Ausbildung und Qualifikation

- die Teilnahme an Zusatzausbildungen wie CERTILINGUA, AbiBac und International Baccalaureate für Schülerinnen und Schüler an Europaschulen gezielt zu unterstützen.
- zur fachlichen Fortbildung der Lehrkräfte an den Europaschulen künftig die regionalen Fortbildungszentren zu nutzen. Die Lehrkräfte melden den Zentren ihren spezifischen Bedarf und bekommen von dort hochwertige Fortbildungsangebote in Zusammenarbeit mit Hochschulen, Forschungseinrichtungen, internationalen Institutionen und Wirtschaftsbetrieben. Zudem wird geprüft, wie die Möglichkeit zur Hospitation an Schulen im Ausland für Lehrer erhöht werden kann.

Begründung

Europaschulen vermitteln im besonderen Maße Kenntnisse über Europa und fördern Lernprozesse, bei denen Schülerinnen und Schüler persönliche, fremdsprachliche, fachspezifische sowie interkulturelle Kompetenzen ausbilden, um die Chancen und Möglichkeiten in einem vereinigten Europa gezielt zu nutzen. Hierbei geht es sowohl um die aktive Partizipation als mündige Bürgerinnen und Bürger Europas als auch um die Wettbewerbsfähigkeit auf dem europäischen Arbeitsmarkt. Zu diesem Zweck nutzen die Europaschulen und die dort Lehrenden und Lernenden u. a. das EU-Programm „Lebenslanges Lernen“ (LLP), das einen wichtigen Beitrag zur Qualifizierung und Professionalisierung des Lehrpersonals leistet. So verbessern Europaschulen durch ihr Konzept die Qualität des Unterrichtsangebots, die sie regelmäßig schulintern evaluieren.

Für die Fraktion der SPD

Stefan Schostok
Fraktionsvorsitzender

Für die Fraktion Bündnis 90/Die Grünen

Miriam Staudte
Stellv. Fraktionsvorsitzende